

Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses am 14.12.2021

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:47 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Bausewein
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

- | | | Drucksachen-
Nummer |
|------|---|------------------------|
| I. | Öffentlicher Teil | |
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 3.1. | Testangebote vor Ausschuss- und Stadtratssitzungen
Einr.: Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Mehrwertstadt Erfurt, Freie Wähler/FDP/Piraten
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
Jugend und Gesundheit | 2449/21 |
| 4. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |

Weiter stellte er die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung:
bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0.

3. Dringliche Angelegenheiten

- 3.1. Testangebote vor Ausschuss- und Stadtratssitzungen 2449/21**
Einr.: Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Mehrwertstadt Erfurt, Freie Wähler/FDP/Piraten
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung,
Jugend und Gesundheit

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die vorliegende Drucksache ein. Sie habe sich immer wieder für mehr Testangebote stark gemacht. Weitere Ausführungen machte sie zur Situation in Thüringen, zur Diskussion im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie zu den von Herrn Panse dargestellten Möglichkeiten der Johanniter-Unfall-Hilfe. Sie forderte ein Umdenken der Stadtverwaltung.

Herr Panse, Fraktion CDU, schloss sich den Ausführungen von Frau Rothe-Beinlich an. Im Hinblick auf die Infektionsgefahr und dem Gefährdungspotenzial können die ehrenamtlichen Stadtrats- und Ausschussmitglieder einschließlich der Mitarbeiter der Verwaltung sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Weiter begründete er die Notwendigkeit der Vororttestungen für die Berufstätigen. Er brachte seinen Ärger zum Ausdruck und verwies dabei auf eine E-Mail vor 14 Tagen an die Verwaltung zur Klärung und an die Fraktionen zur Kenntnis, die bisher unbeantwortet blieb. Er erneuerte seine dringende Bitte hinsichtlich der morgigen Stadtratssitzung.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, sagte ein Testangebot zu Beginn der morgigen Stadtratssitzung zu. Er informierte über die im Erfurter Stadtgebiet verteilten Testmöglichkeiten. Er berichtete, dass 26.000 Testangebote von derzeit 23 Teststellen, bei einer Kapazität von 50.000 Bürgertests, abgerufen wurden. Die vorherige Nutzung von Testangeboten war in letzter Zeit rückläufig. Man könne die Bürger nicht zwingen, so er weiter. Seine Informationen zur 3G-Pflicht am Arbeitsplatz und die Auswirkungen innerhalb der Stadtverwaltung wurden zur Kenntnis genommen.

Man könne doch auf den Erfahrungsschatz der Lehrer bei den Testungen zurückgreifen, so der Alternativvorschlag von Frau Dr. Faber-Steinfeld. Sie berichtete über ihre Lehrererfahrungen bei den verschiedensten Selbsttests (Antigen-Schnelltest, Lolli- bzw. Spucktest). Sie sei darin gut geschult. Sie ging weiter auf die Möglichkeiten der Durchführungen von Tests in der Thüringenhalle, als Sitzungsort, sowie zum Aufwand und Nutzen vor Beginn der Sitzungen ein.

Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., verwies auf die vorliegende Drucksache und resümierte, dass die Mehrheit ein Testangebot möchte, appellierte an die Verwaltung und bat um die Abstimmung der Drucksache.

Der Oberbürgermeister stellte die Drucksache 2449/21 zur Abstimmung:

beschlossen Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Ort zu Ausschuss- und Stadtratssitzungen zertifizierte Testangebote für alle Gremienmitglieder ab sofort bereitzustellen.

4. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

4.1. Beratungsverlauf zum Haushalt 2022/2023 - Änderung der Sitzungsplanung 2206/21 BE: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte zu Beginn ihrer Ausführungen an, dass die vorgeschlagene Beratungsfolge extrem sportlich sei. Als ehrenamtlich tätige Stadtratsmitglieder sei die von der Verwaltung vorgeschlagene Terminkette - Stadtrat am 15./16.12.2021, Weihnachtsferien vom 23.12. bis 31.12.2021 und Beginn der Anhörungen vom Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 03.01.2022 - ohne entsprechende Vorbereitung nicht realistisch. Sie schlug vor, die Anhörungen vor dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben um zwei Wochen zu verschieben oder die Anhörungen statt in einer Woche vorzunehmen, auf zwei Wochen zu verteilen. Weitervermisse sie eine neue Drucksache der Verwaltung und hinterfragte die Möglichkeit von digitalen Sitzungen oder Präsenzsitzungen.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, erinnerte an die vor ca. 3 Wochen an die den Fraktionen elektronisch zugegangenen Unterlagen zum Haushalt 2022/23 und führte zu den vergangenen Haushaltsberatungen und deren Terminplanungen aus, welche immer sportlich strukturiert und durchgeführt wurden.

Der Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, teilte mit, dass seit dem 19.11.2021 die Unterlagen den Fraktionen zur Verfügung stehen. Der Beratungsverlauf sei in Anlehnung der bisherigen Haushaltsberatungen vorgeschlagen. Auch bieten die Anhörungen innerhalb einer Woche Vorteile für die Terminplanung aller am Prozess Beteiligten. Weiter sei auch zu berücksichtigen gewesen, den durch die Pandemie verursachten Raummangel und die Terminabstimmungen mit der Thüringenhalle, als Sitzungsort. Er warb für die Zustimmung der vorliegenden Drucksache. Eine Entzerrung der Terminkette hätte weitere Auswirkungen, die er darlegte. Die Verwaltungsänderung zur

Drucksache 2132/21, Doppelhaushalt Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023, wird in der nächsten Dienstberatung des Oberbürgermeisters am 16.12.2021 beraten und dann entsprechend weitergeleitet¹. Er warb für den vorgeschlagenen Zeitplan.

In der sich anschließenden Diskussion zum Für und Wider der vorgeschlagenen Zeitspanne der Anhörungen, zur bisherigen Praxis von Haushaltsberatungen, zu bisherigen Prozedere im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, zu den Gegenargumenten von digitalen Sitzungen und Sicherstellung der ungestörten Durchführung einschließlich der Problematik der Sitzungsleitung, zur Unterstützung des Antrages der Fraktion Grünen zur Entzerrung der Anhörungswoche, zur sachlichen und fachlichen Betrachtung, zum selbstgesteckten Ziel der rechtzeitigen Beschlussfassung durch den Stadtrat, zum Belegungsplan der Thüringenhalle, zur Unterstützung der vorgeschlagenen Zeitplanung, zur Möglichkeit der monatlichen Ausschusssitzung und der Haushaltsanhörung vor dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben (Beispiel Jugendhilfeausschuss) sowie zur Betrachtung der pandemischen Lage beteiligten sich teilweise mehrmals Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, Frau Maurer, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Herr Stampf, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, Herr Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, Herr Panse, Fraktion CDU, Herr Bausewein, Herr Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, Herr Linnert sowie Frau Rothe-Beinlich.

Im Ergebnis der Diskussion stellte der Oberbürgermeister nachfolgenden Antrag von Herrn Hose zur Abstimmung:

Der Zeitraum für die Anhörungen der Ausschüsse vor dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben werden um zwei Wochen verlängert. Die Folgeauswirkungen, auf die anderen Termine, sind entsprechend zu beachten und zu ändern. Die bestehenden Fachausschusstermine können gleichzeitig für die Anhörungen genutzt werden (Beispiel Jugendhilfeausschuss).

abgelehnt Ja 3 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0.

Da keine weiteren Anträge vorlagen, stellte der Oberbürgermeister die ursprüngliche Drucksache 2206/21 zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 4 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0.

5. Informationen

5.1. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen nach § 13 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse lagen nicht vor.

¹ redaktionelle Anmerkung:

Drucksache 2464/21 - 1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 2132/21 - Haushaltssatzung 2022/2023 und Haushaltsplan 2022/2023

5.2. **Regelmäßige Berichterstattung zur Corona-Pandemie (Beschluss 2098/20 des Stadtrates vom 11.11.2020)** **BE: Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, verdeutlichte mit seinen Worten den Ernst der Lage und seine Besorgnis im Hinblick auf die bevorstehenden Feiertage und deren Konsequenzen. Er ging auf die internen und externen Pandemiestäbe ein, den vom Freistaat nicht bestätigten Entwurf der neuen Allgemeinverfügung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2, zum Vorziehen der Weihnachtsferien, zur Debatte des Katastrophenschutzes, zur Schließung von städtischen Einrichtungen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung sowie zu weiter geplanten Einschränkungen (städtische Bibliotheken, städtische Seniorenbegegnungsstätten, städtische Musikschule, städtische Volkshochschule, städtische Museen, städtische Theater sowie Einstellung des öffentlichen Eislaufens, Freizeitsport in den städtischen Sporteinrichtungen - darf nur noch im Freien stattfinden). Das A und O sei, die Kontakte zu minimieren. Es müssen die Infektionsketten unterbrochen werden. Er verwies auf das Land Sachsen. Die Lage sei dramatisch. Die Regierung des Freistaates Thüringen kritisierte er.

Auf die Ausführungen und Fragen von Herrn Stampf, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, Herrn Hose, Vorsitzender der Fraktion CDU, Frau Rothe-Beinlich, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Panse, Fraktion CDU, Herrn Dr. Poppenhäger, Fraktion SPD, Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, sowie Herrn Möller, Vorsitzender der Fraktion AfD, zum weiteren Umgang in Bezug auf mögliche Veranstaltungen in Bürgerhäusern, zum eigenen Erleben und den persönlichen und beruflichen Erfahrungen, zu notwendigen klaren und eindeutigen Entscheidungen, zu den geplanten Änderungen in der neuen Allgemeinverfügung über erforderliche Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2, zur aktuellen Situation in den Krankenhäusern, zu den Schulschließungen in Brandenburg und Sachsen, zur Aussetzung der Präsenzpflicht in den Schulen und Kindergärten, zur Notbetreuung von Kindern, zum Testsystem an den Schulen, zu den Klagen der Händler, zur "Pandemie der Ungeimpften", zu Theaterschließungen, zur Impfquote, zu der Arbeitsfähigkeit/Überlastung/Nichterreichbarkeit des Gesundheitsamtes, zur Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, zur Unterstützung durch die Bundeswehr, zu geplanten Neueinstellungen, zu Quarantänebestimmungen und deren unterschiedlichen Umsetzungen sowie zu den Erfahrungen im Schuldienst und besserer Einbeziehung der Elternschaft bei Quarantänebeschränkungen auch durch E-Mails gingen Herr Bausewein, Frau Schreeg, Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister, sowie Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, ein.

Während der Diskussion wurde die Sitzung wegen einer 10-minütigen Lüftungspause unterbrochen.

zur Kenntnis genommen

5.3. Sonstige Informationen

1.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, kündigte bezugnehmend auf die heutige Ablehnung der Drucksache 2206/21, Beratungsverlauf zum Haushalt 2022/2023 - Änderung der Sitzungsplanung, eine dringliche Sondersitzung des Hauptausschusses am 22.12.2022, 18:30 Uhr, nach der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben, an.²

Auf Nachfrage von Herrn Stampf, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, erläuterte der Referent des Bereiches Oberbürgermeister die Einbringung einer entsprechenden neuen Drucksache.

2.

Auf Nachfrage von Herrn Stampf, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, zur Situation der Kleingartenanlage iga 61 teilte der Oberbürgermeister mit, dass es Gespräche und eine pragmatischen Lösung geben wird.

gez. A. Bausewein
Oberbürgermeister

gez. 
Schriftführer/in

² redaktionelle Anmerkung:

Der Stadtrat am 15.12.2021 hat in seiner Sitzung die Drucksache 2459/21, Beratungsverlauf zum Haushalt 2022/2023 - Änderung der Sitzungsplanung; Entscheidung des Stadtrates, beschlossen. Somit bedurfte es keiner Sondersitzung des Hauptausschusses mehr.